



GESSLER & CO WIRTSCHAFTSTREUHAND KG · WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Mag. Alexander Gessler
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer

Mag. Markus Walisch
Steuerberater

Mag. (FH) Stefan Tasser
Steuerberater

Amraser Straße 85, A-6020 Innsbruck
Tel. +43 512 338 80, Fax +43 512 338 80-50
Hofgasse 8, A-6330 Kufstein
Tel. +43 5372 632 03-0, Fax +43 5372 615 26
wt@gessler.at, www.gessler.at

Bericht

über die

Prüfung des Jahresabschlusses

zum 31. Dezember 2024

**Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für
Tirol**

Anichstrasse 7
6020 Innsbruck

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	1
2. Rechtliche Vorschriften zur Rechnungslegung	2
3. Wirtschaftliche Kennzahlen	3 - 4
3.1. Vermögens- und Kapitallage	3
3.2. Erfolgsrechnung	4
4. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses	5 - 7
5. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	8
5.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss	8
5.2. Erteilte Auskünfte	8
5.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)	8
6. Bestätigungsvermerk	9 - 11
<u>Beilagen</u>	
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024	I
AAB 2018 (allg. Auftragsbedingungen)	II

Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Tirol

An den Präsidenten der Ärztekammer für Tirol, Dr. Stefan Kastner,
An den Finanzreferenten der Ärztekammer für Tirol, Dr. Franz Größwang,
An den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses des Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Tirol,
Medizinalrat Dr. Gregor Henkel

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 der

Ärztekammer für Tirol Wohlfahrtsfonds,
Innsbruck,

(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 07. Juli 2022 wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 gewählt bzw. bestellt. Die Ärztekammer für Tirol schloss mit uns einen **Prüfungsvertrag**, den Jahresabschluss des Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Tirol zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der Buchführung gemäß den §§ 269 ff UGB zu prüfen.

Die Ärztekammer für Tirol ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts mit Sitz in Innsbruck. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich auf das Bundesland Tirol.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **freiwillige Abschlussprüfung**.

Diese Prüfung erstreckt sich, unter Einbeziehung der Buchhaltung, darauf, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Die Überwachung der Gebarung, die Überprüfung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes und die planmäßige Aufdeckung etwaiger Unregelmäßigkeiten im Geld-, Waren- oder sonstigen Geschäftsverkehr, insbesondere durch Eingriffe in das EDV-System waren nicht Gegenstand des Auftrages.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufsblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass das Ziel der Abschlussprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im **Zeitraum** von April bis Mai 2025 überwiegend in den Räumen der Gesellschaft in Innsbruck durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichts materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. Alexander Gessler, Wirtschaftsprüfer, **verantwortlich**.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Ärztekammer für Tirol abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen (KSW) herausgegebenen "Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB)" einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. Rechtliche Vorschriften zur Rechnungslegung

Der Wohlfahrtsfonds ist im 3. Abschnitt des Ärztegesetzes 1998 in den §§ 96-116 gesetzlich geregelt.

Er stellt ein zweckgebundenes Sondervermögen der Ärztekammer für Tirol dar, dessen Verwaltung von der Verwaltung des übrigen Kammervermögens getrennt zu führen ist und einem eigenen Verwaltungsausschuss obliegt (§ 113 Ärztegesetz).

Die Satzung des Wohlfahrtsfonds wurde von der Erweiterten Vollversammlung der Ärztekammer für Tirol am 16.06.2010, 01.12.2010, 08.06.2011, 27.06.2012, 04.12.2013, 03.06.2015, 07.12.2016, 07.06.2017, 06.12.2017, 06.06.2018, 04.12.2019, 01.01.2020, 01.01.2023, 12.04.2024 abgeändert. Die zuletzt beschlossene Satzungsänderung trat am 01.01.2025 in Kraft.

Gemäß § 9 Abs. 1 der Satzung des Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Tirol werden die administrativen Arbeiten durch das Kammeramt besorgt.

Gemäß § 9 Abs. 2 sind die Einnahmen und Ausgaben des Wohlfahrtsfonds unter Bedachtnahme auf die Grundsätze der doppelten Buchführung gesondert Buch zu führen, und zwar getrennt nach den einzelnen Versorgungs- und Unterstützungsleistungen.

Weder das Ärztegesetz noch die Satzung des Wohlfahrtsfonds weisen Regelungen über die Art des Rechnungsabschlusses auf.

Gemäß § 114 Ärztegesetz ist die Geschäftsführung des Wohlfahrtsfonds mindestens einmal jährlich von einem Prüfungsausschuss zu überprüfen. Der Prüfungsausschuss besteht aus zwei von der Vollversammlung für die Dauer eines Jahres aus dem Kreis der Kammerangehörigen zu wählenden Rechnungsprüfer, die jedoch nicht dem Verwaltungsausschuss angehören dürfen. Zusätzlich stellt die Zahnärztekammer für Tirol einen weiteren Rechnungsprüfer.

Gemäß § 8 Abs. 4 der Satzung des Wohlfahrtsfonds obliegt es dem Prüfungsausschuss, die Gebarung des Wohlfahrtsfonds zu überprüfen und darauf Bedacht zu nehmen, dass alle Ausgaben durch Beschlüsse der zuständigen Organe gedeckt sind.

Eine weitere Prüfung ergibt sich aus § 10 Abs. 7 der Satzung des Wohlfahrtsfonds, wonach mindestens alle 5 Jahre durch geeignete Fachleute zu prüfen ist, ob das Vermögen zur Sicherstellung der Leistungen und zukünftigen Verpflichtungen des Wohlfahrtsfonds ausreicht.

3. Wirtschaftliche Kennzahlen

3.1. Vermögens- und Kapitallage

	31.12.2024	%	31.12.2023	%	Veränderung	%
	€		€		€	
Aktiva						
langfristig gebundene Mittel						
Anlagevermögen						
Immaterielles Vermögen	836 779,17	0,2	469 761,57	0,1	367 017,60	78,1
Sachanlagen	173 911 495,72	35,1	177 849 770,15	37,3	-3 938 274,43	-2,2
Finanzanlagen	303 351 978,39	61,1	283 822 854,52	59,6	19 529 123,87	6,9
	478 100 253,28	96,4	462 142 386,24	97,0	15 957 867,04	3,5
kurzfristig gebundene Mittel						
kurzfristiges Umlaufvermögen						
Forderungen	1.411 002,19	0,3	1 279 790,58	0,3	131 211,61	10,3
sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	495 950,08	0,1	418 911,14	0,1	77 038,94	18,4
flüssige Mittel	12 822 174,95	2,6	9 558 391,96	2,0	3 263 782,99	34,1
	14 729 127,22	3,0	11 257 093,68	2,4	3 472 033,54	30,8
Rechnungsabgrenzungsposten	3 259 425,52	0,7	2 900 989,44	0,6	358 436,08	12,4
	17 988 552,74	3,6	14 158 083,12	3,0	3 830 469,62	27,1
Summe Aktiva	496 088 806,02	100,0	476 300 469,36	100,0	19 788 336,66	4,2
Passiva						
eigene Mittel						
Eigenkapital						
Kapital	489 010 110,49	98,6	468 915 675,08	98,4	20 094 435,41	4,3
Rücklagen	653 347,45	0,1	653 347,45	0,1	0,00	0,0
	489 663 457,94	98,7	469 569 022,53	98,6	20 094 435,41	4,3
fremde Mittel						
langfristiges Fremdkapital						
langfristige Rückstellungen	1 545 298,16	0,3	1 545 298,16	0,3	0,00	0,0
sonstige Verbindlichkeiten	598 487,19	0,1	732 118,88	0,2	-133 631,69	-18,3
	2 143 785,35	0,4	2 277 417,04	0,5	-133 631,69	-5,9
kurzfristiges Fremdkapital						
kurzfristige Rückstellungen	61 750,00	0,0	18 300,00	0,0	43 450,00	237,4
Verbindlichkeiten Kammer	841 774,20	0,2	1 001 486,95	0,2	-159 712,75	-15,9
sonstige Verbindlichkeiten	3 378 038,53	0,7	3 434 242,84	0,7	-56 204,31	-1,6
	4 281 562,73	0,9	4 454 029,79	0,9	-172 467,06	-3,9
	6 425 348,08	1,3	6 731 446,83	1,4	-306 098,75	-4,5
Summe Passiva	496 088 806,02	100,0	476 300 469,36	100,0	19 788 336,66	4,2

3.2. Erfolgsrechnung

	2024 €	%	2023 €	%	Veränderung €	%
Umsatzerlöse						
Erlöse Rentenbeiträge	41 971 048,97	51,4	41 218 423,39	49,4	752 625,58	1,8
Zuschüsse						
Sozialversicherungsanstalten	808 526,55	1,0	711 368,37	0,9	97 158,18	13,7
Beiträge Wohlfahrtsfonds	3 044 633,80	3,7	2 981 848,40	3,6	62 785,40	2,1
Erträge Veranlagungen	35 717 562,84	43,8	38 356 546,51	46,0	-2 638 983,67	6,9
Übrige Erträge	42 214,57	0,1	185 468,13	0,2	-143 253,56	-77,2
	<u>81 583 986,73</u>	<u>100,0</u>	<u>83 453 654,80</u>	<u>100,0</u>	<u>-1 869 668,07</u>	<u>-2,2</u>
Betriebsleistung	<u>81 583 986,73</u>	<u>100,0</u>	<u>83 453 654,80</u>	<u>100,0</u>	<u>-1 869 668,07</u>	<u>-2,2</u>
sonstige betriebliche						
Aufwendungen						
Altersversorgung	38 434 329,76	47,1	37 586 241,52	45,0	848 088,24	2,3
Invaliditätsversorgung	2 671 547,91	3,3	1 455 177,38	1,7	1 216 370,53	83,6
Witwen (er) Versorgung	6 361 442,39	7,8	6 243 403,11	7,5	118 039,28	1,9
Rentenleistungen	1 804 513,96	2,2	1 804 537,57	2,2	-23,61	0,0
Unterstützungsleistungen	2 366 107,82	2,9	2 386 826,52	2,9	-20 718,70	-0,9
Aufwendungen Veranlagungen	3 448 846,07	4,2	2 872 266,59	3,4	576 579,48	20,1
Aufwendungen Wohlfahrtsfonds	5 600 270,98	6,9	4 829 564,51	5,8	770 706,47	16,0
sonstige betriebliche						
Aufwendungen	802 492,43	1,0	77 016,29	0,1	725 476,14	942,0
	<u>61 489 551,32</u>	<u>75,4</u>	<u>57 255 033,49</u>	<u>68,6</u>	<u>4 234 517,83</u>	<u>7,4</u>
BETRIEBSERGEBNIS EBIT	<u>20 094 435,41</u>	<u>24,6</u>	<u>26 198 621,31</u>	<u>31,4</u>	<u>-6 104 185,90</u>	<u>23,3</u>
Jahresgewinn	<u>20 094 435,41</u>	<u>24,6</u>	<u>26 198 621,31</u>	<u>31,4</u>	<u>-6 104 185,90</u>	<u>23,3</u>

4. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

4.1. Erläuterungen zu Posten der Bilanz

Immaterielle Vermögensgegenstände

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterliegen, um planmäßigen Abschreibungen vermindert. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Lizenzen für Softwareprogramme und EDV Programme, deren Abschreibung auf 3 Jahre erfolgt. Daneben wurden Anzahlungen auf EDV geleistet. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Die immateriellen Vermögensgegenstände veränderten sich gegenüber dem Vorjahr um 78,1 % auf € 836.779,17 (Vorjahr: € 469.761,57).

Sachanlagen

Die Liegenschaften werden seit 2019 abgeschrieben. Im Jahresabschluss werden die Immobilien zu Buchwerten (gemäß UGB) ohne stille Reserven ausgewiesen.

Die Sachanlagen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um -2,2 % auf € 173.911.495,72 (Vorjahr: € 177.849.770,15).

Mit der Satzungsnovelle des Wohlfahrtsfonds vom 10.4.2024 wurde eine grundlegende Umstellung des Rentensystems beschlossen. Aus dem als integralen Bestandteil enthaltenen Geschäftsplan geht unter anderem die Berechnung des maßgeblichen Gesamtvermögens (Kapitalveranlagungen, Immobilienerträge, sonstige Erträge etc.) wie folgt hervor: „Das maßgebliche Gesamtvermögen ergibt sich aus dem Vermögen der beitragsabhängige Zusatzrente (BZR) gemäß UGB (Unternehmensgesetzbuch) zuzüglich der stillen Reserven aus Immobilien, welche zum Bilanzstichtag der BZR zugeordnet werden (Geschäftsplan S. 13 Pkt. 7.1)“.

Als Grundlage für die Bewertung der stillen Reserven liegt eine Immobilien-Portfolio-Analyse eines Sachverständigen für Immobiliengutachten auf Ertragswertbasis vor. In dieser werden die stillen Reserven sämtlicher Immobilien sowie der unbebauten Grundstücke und die sich daraus abgeleiteten Verkehrswerte auf Ertragswertbasis dargestellt (Stand Frühjahr 2023). Die Renditeberechnung unter Berücksichtigung stiller Reserven bezieht neben den Nettomietserträgen auch die gebundenen Werte (Grundstückswerte) in Form einer marktüblichen Bodenwertverzinsung mit ein.

Die Rendite des Immobilienvermögens (inkl. stiller Reserven) betrug im Jahr 2024 +3,79%.
Die Rendite des Kapitalvermögens betrug im Jahr 2024 +6,60%.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen werden gemäß § 28 der Haushaltsordnung für den Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Tirol in Übereinstimmung mit § 203 und §204 UGB mit dem Marktpreis zum Bilanzstichtag bewertet.

Für das Depot bei der Spängler IQAM Invest GmbH, Salzburg in Höhe von € 286.412.477,10 (Vorjahr: € 266.916.127,94) wurde von der Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH ein eigener Rechenschaftsbericht zum 31. Dezember 2024 erstellt und hat zu keinen Einwendungen geführt. Die Performance in Fondswährung (EUR) für das Jahr 2024 betrug 7,30 % (Vorjahr: 9,02 %).

Die Finanzanlagen betrugen im Jahr 2024 € 303.351.978,39 (Vorjahr: € 283.822.854,52) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 19.529.123,87 bzw. 6,9 % (Vorjahr 8,6 %) verändert.

Forderungen

Die Forderungen setzen sich aus den Beitragsforderungen und Mietforderungen zusammen. Die Offene Posten Liste stimmt mit den gebuchten Salden überein. Eine Kopie ist bei den Akten abgelegt.

Die Forderungen betrugen im Jahr 2024 € 1.411.002,19 (Vorjahr: € 1.279.790,58) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 131.211,61 bzw. 10,3 % erhöht.

Girokonten und Kassenbestand

Die Bankguthaben wurden ordnungsgemäß durch Bankbriefe bzw. Bankauszüge nachgewiesen. Zinsen und Spesen für das Rechnungsjahr wurden in den ausgewiesenen Salden berücksichtigt.

Die Bankguthaben veränderten sich gegenüber dem Vorjahr um 34,1 % auf € 12.822.174,95 (Vorjahr: € 9.558.391,96)

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Zahlungen im Berichtsjahr, die ganz oder teilweise Aufwand des folgenden Jahres darstellen, wurden periodengerecht abgegrenzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungen betrugen 2024 € 3.259.425,52 (Vorjahr: € 2.900.989,44) und veränderten sich gegenüber dem Vorjahr um € 358.436,08 bzw. 12,4 %.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug im Geschäftsjahr 2024 € 489.663.457,94 (Vorjahr: € 469.569.022,53) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um € 20.094.435,41 bzw. 4,3 % erhöht.

Die Rücklagen betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 653.347,45 (Vorjahr: € 653.347,45) und haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Rückstellungen für Pensionen

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgte auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens. Dieses Gutachten wird alle zwei Jahre erstellt und wurde zuletzt zum 31.12.2023 berechnet.

Die Rückstellungen für Pensionen betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 1.545.298,16.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten Kammer betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 841.774,20 (Vorjahr: € 1.001.486,95) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 159.712,75 bzw. 15,9 % verringert.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 3.976.525,72 (Vorjahr: € 4.166.361,72) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € -189.836,00 bzw. -4,6 % verringert.

4.1. Erläuterungen zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Einnahmen aus Rentenbeiträge betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 41.971.048,97 (Vorjahr: € 41.218.423,39) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 752.625,58 bzw. 1,8 % erhöht.

Die Einnahmen aus Beiträge Wohlfahrtsfonds betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 3.044.633,80 (Vorjahr: € 2.981.848,40) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 62.785,40 bzw. 2,1 % erhöht.

Die Einnahmen aus Veranlagungen betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 35.717.562,84 (Vorjahr: € 38.356.546,51) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 2.638.983,67 bzw. 6,9 % verändert.

Die Gesamteinnahmen betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 81.583.986,73 (Vorjahr: € 83.453.654,80) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € -1.869.668,07 bzw. -2,2 % verringert.

Die Aufwendungen für Leistungen der Altersversorgung betrugen 2024 € 38.434.329,76 (Vorjahr: € 37.586.241,52) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 848.088,24 bzw. 2,3 % erhöht.

Die Invaliditätsversorgungsleistungen betrugen 2024 € 2.671.547,91 (Vorjahr: € 1.455.177,38) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 1.216.370,53 bzw. 83,6 % erhöht.

Die Leistungen Witwen(-er) Versorgung betrugen 2024 € 6.361.442,39 (Vorjahr: € 6.243.403,11) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 118.039,28 bzw. 1,9 % erhöht.

Die Rentenleistungen betrugen 2024 € 1.804.513,96 (Vorjahr: € 1.804.537,57) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 23,61 verringert.

Die Unterstützungsleistungen betrugen 2024 € 2.366.107,82 (Vorjahr: € 2.386.826,52) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € -20.718,70 bzw. -0,9 % vermindert.

Insgesamt betrugen die Leistungsaufwendungen 2024 € 51.637.941,84 (Vorjahr: € 49.476.186,10) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 2.161.755,74 bzw. 4,4 % erhöht.

Die Aufwendungen für Veranlagungen betrugen 2024 € 3.448.846,07 (Vorjahr: € 2.872.266,59) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 576.579,48 bzw. 20,1 % erhöht.

Die übrigen Aufwendungen für den Wohlfahrtsfonds betrugen 2024 € 5.600.270,98 (Vorjahr: € 4.829.564,57) und haben sich gegenüber dem Vorjahr um € 770.706,47 bzw. 16,0 % erhöht.

Das Geschäftsjahr 2024 weist einen Gewinn in Höhe von € 20.094.435,41 (Vorjahr: € 26.198.621,31) aus und hat sich gegenüber dem Vorjahr um € 6.104.185,90 verändert.

5. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

5.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger **Buchführung** fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir - soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten - die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Jahresabschlusses** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

5.2. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter haben die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise erteilt und eine Vollständigkeitserklärung unterfertigt.

5.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Tirol gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

6. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss des

**Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Tirol
Innsbruck,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2024 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Unsere Verantwortlichkeit und Haftung ist analog zu § 275 Abs 2 UGB (Haftungsregelungen bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) gegenüber der Gesellschaft und auch gegenüber Dritten mit insgesamt 2 Millionen Euro begrenzt.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.

- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Innsbruck,
am 6. Mai 2025



Mag. Alexander Gessler

Gessler & Co Wirtschaftstreuhand KG
Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.